

Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik

HEINZ KRAMER

Die Europapolitik der mitteleuropäischen Staaten verläuft mehrgleisig. Im Zentrum stehen die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft. Daneben gibt es Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten selbst zu intensivieren, die in den Medien als Visegrád-Kooperation¹ bekannt ist. Haupttriebkraft ihrer Europapolitik ist das überragende Interesse aller dieser Staaten, nach dem Zusammenbruch des Ordnungssystems des Ost-West-Konfliktes nicht in eine als gefährlich angesehene Pufferfunktion zwischen einer prosperierenden Europäischen Gemeinschaft auf der einen Seite und einer Reihe von Krisen geschüttelter, ständig am Rande gewaltsamer Auseinandersetzungen lavierender Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf der anderen zu geraten². Mitteleuropa will nicht "Zwischeneuropa" sein, sondern ein Teil jenes Europas, das in den Visegrád-Ländern als westliche Staaten- und Wertegemeinschaft angesehen wird und deren geistig-kultureller Tradition man sich voll zugehörig fühlt³. Europapolitik ist für diese Länder daher eine Politik der "Rückkehr nach Europa", von dem man sich durch über vierzig Jahre kommunistische Unterdrückung künstlich und gewaltsam getrennt sah.

Bemühungen um eine Verbesserung der Europaabkommen

In jüngster Zeit gewinnt in den mitteleuropäischen Staaten jedoch der Eindruck an Gewicht, daß es in erster Linie die reichen und selbstsüchtigen Westeuropäer sind, die eine Trennung aufrecht erhalten wollen. Anlaß für diese Empfindung gibt ihnen das Verhalten der Gemeinschaft bei der Anwendung der im Dezember 1991 unterzeichneten Assoziationsabkommen⁴. In diesem Zusammenhang sehen sich die Vertreter der Visegrád-Staaten ständig in die Rolle von Nörglern und Bittstellern gedrängt, denen seitens der Gemeinschaft und anderer westlicher Experten zwar ununterbrochen gute Ratschläge gegeben werden, deren Umsetzung jedoch immer dann mit allen Mitteln behindert wird, wenn sich daraus Schwierigkeiten für die Westeuropäer selbst ergeben könnten.

Das Gefühl einer gewissen Ohnmacht gegenüber der mächtigen Gemeinschaft, die die Interessen ihrer eigenen Produzenten stets höher achtet als die Notwendigkeiten ihrer Handelspartner, bestimmte auch das Verhalten der Visegrád-Staaten in den ersten Auseinandersetzungen mit Brüssel über die Anwendung der Abkommen bei sogenannten sensitiven Produkten. Als die vertraglich vorgesehene Beseitigung aller Quoten in der ersten Hälfte 1992 zu einem starken Anstieg von Stahlimporten aus Mitteleuropa führte, zog die EG-Kommission auf Druck der

gemeinschaftlichen Stahlerzeuger, die sich einer schweren, zum Teil aber selbst verschuldeten Rezession gegenübersehen, im August 1992 die Notbremse und verhängte Einfuhrbeschränkungen. Den davon betroffenen Produzenten in der ČSFR und Polen sowie ihren Regierungen nützte es gar nichts, daß sie auf den nach wie vor verschwindend geringen Anteil mitteleuropäischen Stahls auf dem EG-Markt hinwiesen oder der Europäischen Gemeinschaft eine unrealistische Grundlage für ihre Anti-Dumping-Maßnahmen vorwarfen⁵, sie mußten sich der Gemeinschaft beugen, wenn sie überhaupt weiter dorthin exportieren wollten⁶.

Die ganze Empfindlichkeit der mitteleuropäischen Staaten hinsichtlich der als restriktiv empfundenen Haltung der Europäischen Gemeinschaft, ihren Markt auch für den Import sensitiver Produkte zu öffnen, trat im April 1993 zutage, als die Kommission aus veterinärmedizinischen Gründen⁷ den Import von praktisch allen tierischen Erzeugnissen aus Mitteleuropa, der früheren Sowjetunion, den baltischen Republiken, Ost- und Südosteuropa sowie Slowenien und Kroatien für zunächst einen Monat verbot. Die Visegrád-Staaten, aber auch einige andere betroffene Länder, sahen diesen Schritt ausschließlich als politisch motivierte protektionistische Maßnahme an. Sie reagierten ihrerseits mit gleichartigen Einfuhrbeschränkungen, und es kam zu einem kurzzeitigen "Veterinärkrieg", vor allem mit Polen.

Angesichts der von Beginn an als unzureichend empfundenen Handelszustände der Europäischen Gemeinschaft und vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es nicht überraschend, daß die Vertreter der mitteleuropäischen Staaten im Rahmen der hochrangigen politischen Konsultationen mit den Zwölf einen ihrer Schwerpunkte auf eine Verbesserung der Marktzugangsbedingungen für mitteleuropäische Produkte zum EG-Markt legten. Der zweite und wohl überragende Schwerpunkt ihrer Bemühungen war darauf gerichtet, von der Gemeinschaft eine verbindlichere Zusage hinsichtlich ihres Beitrittswunsches zu erhalten, als sie der entsprechenden Formulierung der Präambel der Europaabkommen entnommen werden kann.

In systematischer Form entwickelten die Visegrád-Staaten ihre Vorstellungen erstmalig im Vorfeld des ersten Treffens ihrer Außenminister mit ihren EG-Kollegen Anfang Oktober 1992 in Luxemburg. Eingebunden in einen strategischen Ansatz, mit dem bis zum Ende des Jahrzehnts der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft erreicht werden soll, forderten die (damals noch) drei Staaten im einzelnen:

- die Ratifizierung der Europaabkommen bis Ende Dezember 1992,
- den Aufbau eines dichten institutionellen Rahmens für den politischen Dialog und für eine politische und verteidigungsbezogene Zusammenarbeit,
- eine verstärkte Integration auf der gesellschaftlichen Ebene durch die organisierte Zusammenarbeit der sozialen und berufständischen Organisationen,
- die Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration durch eine Verbesserung der EG-Markttöffnung in allen Sektoren unter Bewahrung des asymmetrischen Ansatzes der Europaabkommen,
- die Einrichtung eines mehrjährigen Rahmens für die Finanzhilfe,

– die Bestätigung des Zieles, vor dem Ende des Jahrzehnts der EG beitreten zu können und die Verbindung der im Jahre 1996 vorgesehenen Evaluierung des Assoziationsfortschrittes mit dem Beginn von Beitrittsverhandlungen⁸.

Bei dieser Gelegenheit sowie auf dem kurz danach folgenden Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Visegrád-Ländern in London⁹ konnten sie jedoch nicht mehr als eine wohlwollend unbestimmte Reaktion der Zwölf erreichen. Diese waren weder bereit, sich auf einen Zeitplan noch auf einen Kriterienkatalog für einen späteren EG-Beitritt festzulegen und gingen auch hinsichtlich der Verbesserung des Marktzugangs nicht über prinzipielle Erwägungen hinaus. Ein Mehrjahresprogramm für die Finanzhilfe wurde indirekt abgelehnt; hier verwiesen die Zwölf auf die Möglichkeiten der PHARE-Programme. Die Gemeinschaft war nicht bereit, in diesem wichtigen Bereich ihrer europäischen Außenbeziehungen ihr künftiges Verhalten genauer zu definieren, bevor sie nicht die fundamentalen Entscheidungen für die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft mit Blick auf die Umsetzung des Maastrichter Vertrages getroffen hatte.

Den mitteleuropäischen Regierungen blieb nichts anderes übrig, als ihr Drängen zu verstärken. Dies taten sie unter anderem auf der von der dänischen Regierung am 13./14. April 1993 in Kopenhagen veranstalteten Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und im Vorfeld des Europäischen Rates von Kopenhagen, auf dem die Zwölf nunmehr ihre künftige Politik gegenüber den Assoziierten in Mittel- und Osteuropa festlegen wollten. Die Visegrád-Länder präsentierten der Gemeinschaft ein neuerliches Memorandum, in dem sie hinsichtlich des Beitritts den Akzent auf die prinzipielle Akzeptierung dieses Zieles, jedoch ohne feste Zeitvorgaben legten. Noch größere Bedeutung maßen sie jedoch der Verbesserung des Marktzugangs in allen Bereichen zu. Insbesondere die polnische Ministerpräsidenten Suchocka wies darauf hin, daß der inzwischen aufgetretene Handelsbilanzüberschuß zugunsten der Europäischen Gemeinschaft das in den Europaabkommen festgelegte Prinzip der asymmetrischen Marktöffnung pervertiere¹⁰.

Trotz nach wie vor zwischen den Zwölf nicht völlig ausgeräumter, weil zum Teil auch nicht deutlich vorgetragener, Differenzen hinsichtlich des genauen Ausmaßes an Entgegenkommen gegenüber den Visegrád-Staaten entsprach der Europäische Rat weitgehend deren Vorstellungen. Das Ziel des Beitritts dieser Länder wurde im Prinzip akzeptiert und die Zusammenarbeit in der Assoziation explizit als Mittel zur Erreichung dieses Zieles bezeichnet. Ein bestimmter Zeithorizont wurde jedoch ebensowenig fixiert wie operationalisierbare Kriterien, die für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt sein müssen¹¹. Als größten Erfolg ihrer Anstrengungen dürften die mitteleuropäischen Regierungen deshalb wohl die gleichzeitig von den Zwölf eingeräumten Verbesserungen beim Marktzugang ansehen, die ausdrücklich auch sensitive Produkte und Agrarerzeugnisse einbeziehen¹². Allerdings bleibt nach wie vor ein Rest Mißtrauen bestehen, daß die Gemeinschaft auch künftig versuchen wird, sich mittels Anti-Dumping-Klauseln, Umwelt- oder Gesundheitsschutzbestimmungen oder anderer nichttarifärer Schutzmaßnahmen gegen unwillkommene Importe aus Mitteleuropa zu schützen.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß bei den mitteleuropäischen Regierungen und in der Bevölkerung dieser Länder eine spürbare Ernüchterung über die Politik der Europäischen Gemeinschaft eingetreten ist. Das bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die Einstellungen zu einem eventuellen EG-Beitritt. Dieser wird nach wie vor zwar als unbedingt notwendig erachtet, um längerfristig einen festen Rahmen sowohl für die eigene wirtschaftliche Entwicklung als auch für die politische wie militärische nationale Sicherheit zu erlangen, doch ist die Europa-Euphorie der ersten Stunde verflogen. In allen mitteleuropäischen Staaten gibt es mittlerweile politische Gruppen, die der Beitrittsperspektive ausgesprochen skeptisch gegenüberstehen. Sie befürchten, daß ihre Länder in der Gemeinschaft ihre nationalen Eigenarten verlieren werden und ihr Schicksal nicht länger selbst bestimmen können, sondern sich den Interessen fremder Mächte unterwerfen müssen.

Diese Gruppen sind keineswegs nur Randerscheinungen, sondern stellen in Polen immerhin den Stellvertreter von Frau Suchocka¹³. Auch in Ungarn gibt es stark nationalistisch gefärbte Kreise, die in einer Einbindung in übernationale Wirtschafts- und Politikverbände in erster Linie einen geschickten Versuch westeuropäischer Kräfte sehen, Ungarn von der Verfolgung seiner nationalen Interessen in Mitteleuropa abzuhalten. Diese nationalistisch orientierten Gruppierungen erhalten in beiden Ländern in jüngster Zeit verstärkt Zustimmung aus der organisierten Landwirtschaft, die sich in ihren Erwartungen durch die restriktive EG-Haltung im Agrarhandel enttäuscht sieht. Der Einfluß der Europa-Skeptiker auf die nationale politische Meinungsbildung bleibt gegenwärtig jedoch ziemlich gering, weil es ihnen an überzeugenden politischen Alternativen zur EG-Orientierung fehlt. Eine Politik des nationalen Alleingangs wird von der Öffentlichkeit weitgehend als illusorisch angesehen und im Osten bieten sich keine starken und vertrauenserverweckenden Partner an.

Diese Situation der Schwäche bestimmt auch die Position der pro-europäischen Regierungen der Visegrád-Länder gegenüber der Gemeinschaft: Mangels einer glaubwürdigen politischen Alternative müssen sie letztlich jene Kompromisse akzeptieren, die die Zwölf in ihrem internen Meinungsstreit über die richtige Ostpolitik als Lösung für aus der mitteleuropäischen Sicht mitunter als existentiell empfundene Probleme anbieten. Ihr stärkstes Argument bleibt dabei zur Zeit noch die Furcht der Zwölf vor den für sie negativen Folgen anhaltender oder gar zunehmender Instabilität in Mitteleuropa. Argumente, die eine engere Integration der Gemeinschaft mit Mitteleuropa auch und vor allem als längerfristige Chance für eine Stärkung der gemeinsamen Position im schärfer werdenden internationalen Konkurrenzkampf sehen, finden gegenwärtig bei den EG-Mitgliedern nur wenig Widerhall.

Die Entwicklung der Visegrád-Zusammenarbeit

Diese Zurückhaltung mit Blick auf mögliche positive Seiten einer verstärkten Integration kennzeichnet andererseits auch die Grundeinstellung der mitteleuro-

päischen Regierungen gegenüber ihren eigenen regionalen Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit, dem Visegrád-Prozeß. Die Kooperation war ursprünglich als loses politisches und wirtschaftliches Bündnis gedacht, mit dem die mitteleuropäischen Staaten einmal ihre Haltung gegenüber den Folgen des Zerfalls der Sowjetunion und zum anderen ihre Bemühungen um enge Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft koordinieren wollten. Keinesfalls sollte aus dem "Visegráder Dreieck" eine eigenständige Institution integrativer Natur werden, weil alle beteiligten Regierungen dies für ihre auf das Ziel des EG-Beitritts gerichtete Europapolitik für schädlich ansahen. Entsprechend ambivalent waren auch die Urteile der verschiedenen mitteleuropäischen Regierungen über den Nutzen und die Zielsetzung der Kooperation¹⁴.

Eine gewisse Änderung trat 1992 ein. Die Kooperation bekam mit dem Abschluß der Mitteleuropäischen Freihandelszone (CEFTA) einen wirtschaftlichen Kern. Das Abkommen sieht vor, den Handel zwischen den Staaten ab dem 1. März 1993 binnen acht Jahren in drei Stufen von allen tarifären Hindernissen zu befreien, wobei im Agrarhandel jedoch noch Quoten beibehalten werden. Damit fand ein schwieriger Prozeß ein glückliches Ende, an das einige Beobachter schon nicht mehr hatten glauben wollen. Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zogen sich seit dem Frühjahr hin, und das Abschlußdatum mußte mehrfach verschoben werden, bis es dann am 21. Dezember in Krakow doch noch unterzeichnet wurde¹⁵. Zum einen zeigten sich die Sachprobleme komplizierter als angenommen und zum anderen neigten auch die Visegrád-Staaten wenig dazu, ihre Märkte untereinander für sensitive Produkte und Agrarerzeugnisse zu rasch zu weit zu öffnen. Hinzu kamen politische Hemmfaktoren, von denen die polnische Regierungskrise vom Sommer und vor allem die geordnete Auflösung der ČSFR in zwei unabhängige Republiken zum Jahresende 1992 die wichtigsten waren. Das Abkommen hat denn auch vier Partner, womit die Ausweitung des Visegráder Dreiecks zum Viereck offiziell bestätigt wurde.

Mit diesem Schritt haben die Visegrád-Staaten der Notwendigkeit Rechnung getragen, dem völligen Zusammenbrechen des intraregionalen, nachbarschaftlichen Handels entgegenzuwirken sowie durch die Europaabkommen und die Freihandelsabkommen mit den EFTA-Ländern entstandene Ungereimtheiten im intraregionalen Handel zu beseitigen. Von größerer Bedeutung könnte jedoch der politische Effekt einer erfolgreichen Umsetzung des Abkommens sein. Es kann dazu beitragen, den latenten Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakei in geregelter Weise zu lösen, und es kann daneben eine Katalysatorfunktion hinsichtlich einer engeren Abstimmung der EG-Politik der Visegrád-Staaten entfalten, nachdem nunmehr wohl auch der tschechische Ministerpräsident einsehen mußte, daß die Gemeinschaft Alleingangsversuchen einzelner mitteleuropäischer Staaten bei der EG-Annäherung wenig Sympathie entgegenbringt. Ein engerer Zusammenhalt der Mitteleuropäer gegenüber der Gemeinschaft dürfte schon deswegen sinnvoll sein, weil die Zwölf auch in Kopenhagen nicht zu erkennen gegeben haben, daß sie es mit dem im Prinzip akzeptierten Beitritt der Visegrád-Staaten übermäßig eilig haben.

Die erwähnten möglichen positiven politischen Effekte deuten aber gleichzeitig auch auf die größten Probleme hin, die einem Erfolg entgegenstehen. Nur wenn die erwähnten Schwierigkeiten von den jeweiligen Regierungen in einem kooperativen Geist angegangen werden, gibt es Lösungsaussichten. Setzt sich dagegen eine betont nationale oder gar nationalistische Haltung durch, wofür es in den Regierungen in Prag, Budapest und Bratislava durchaus Tendenzen gibt, dann dürfte auch die Lebensdauer der CEFTA und damit der Visegrád-Kooperation begrenzt sein.

Anmerkungen

- 1 In Visegrád bei Budapest fand im Februar 1991 das Treffen der Staats- und Regierungschefs von Ungarn, Polen und der ČSFR statt, auf dem die Zusammenarbeit der (damals noch) drei mitteleuropäischen Staaten feierlich vereinbart wurde; vgl. im einzelnen Tökes, Rudolf L.: From Visegrád to Krakow: Cooperation, Competition and Coexistence in Central Europe, in: *Problems of Communism* 6 (1991), S. 100–114.
- 2 Den mit einer derartigen Situation verbundenen Befürchtungen gab der polnische Präsident, Lech Walesa, in seiner Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 4.2.1992 Ausdruck, als er erklärte: "Polen, eingeklemmt zwischen dem Westen, der sich auf sich selbst zurückzieht, und einem in vollem Wandel befindlichen sowjetischen Staat, findet sich ohne Freunde wieder"; zitiert nach Parzymies, Stanislaw: La Pologne et la Communauté européenne, in: *Politique Étrangère*, 57 (Sommer 1992) 2, S. 387–393, hier S. 388.
- 3 S. dazu u. a. Lukaszewski, Jerzy: Europe: l'attente des pays de l'Est, in: *Le Monde* v. 28.4.1992, S. 2.
- 4 Die Abkommen wurden von Polen und Ungarn im Juli bzw. November 1992 ratifiziert. In der EG waren einige Mitgliedstaaten dazu jedoch nicht bis zum ursprünglich vorgesehenen Termin Ende 1992 in der Lage. Deshalb konnten zunächst auch nur die Handelsteile der Abkommen durch ein Interimsabkommen zum 1.3.1992 in Kraft gesetzt werden, das dann vor Jahresende auf unbestimmte Zeit verlängert wurde.
- 5 So geschehen auf einem Treffen zwischen polnischen Stahlerzeugern und Experten der Kommission, das auf Veranlassung eines EG-Stahlhandelshauses (sic!) im Februar 1993 in Brüssel zustandekam; vgl. *Agence Europe* v. 18.2.1993, S. 13 f.
- 6 Vgl. für Einzelheiten der EG-Stahlmaßnahmen, die im Frühjahr 1993 für drei Jahre in neuen Quoten für bestimmte Stahlimporte aus der Tschechischen Republik und aus der Slowakei gipfelten, die laufende Berichterstattung im vierzehntägig erscheinenden Nachrichtendienst *Together in Europe*, Brüssel, 1992, verschiedene Nummern. S. auch Redburn, Tom: Pillar of European Unity, *Steel Now Divides East and West*, in: *International Herald Tribune* v. 28.1.1993, S. 1/2; die Position der Gemeinschaftserzeuger repräsentiert der frühere Vorstandsvorsitzende der Thyssen AG, Dieter Spethmann, in zwei Beiträgen im *Handelsblatt* v. 22.1.1993, S. 2 und in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 23.2.1993, S. 15.
- 7 In einigen Gegenden Italiens war nach mit falschen Papieren versehenen Viehimporten aus einem osteuropäischen Land die Maul- und Klauenseuche aufgetreten; vgl. für den "Veterinärkrieg" zwischen der EG und ihren östlichen Handelspartnern die Berichte in *Agence Europe* v. 9.4., 14.4., 15.4., 22.4., 30.4., 1.5. und 8.5.1993.
- 8 Vgl. dazu *Agence Europe* v. 23.10.1992, S. 6.
- 9 Zum Außenministertreffen vgl. die Gemeinsame Erklärung in *Bulletin der EG* 10 (1992), S. 129–131; zum Londoner Gipfel-

- treffen s. Agence Europe v. 30. 10. 1992, S. 5 f.; für die Reaktionen in den mitteleuropäischen Staaten vgl. den Korrespondentenbericht von Edith Heller in der Frankfurter Rundschau v. 30. 10. 1992, S. 1.
- 10 Vgl. für Einzelheiten des Memorandums und des Schreibens von Frau Suchocka an die Regierungschefs der Zwölf und an Kommissionspräsident Delors Agence Europe v. 4. 6. 1993, S. 9; s. auch Agence Europe v. 14./15. 6. 1993, S. 8.
- 11 Sie wiederholten hier im wesentlichen die relativ vagen Grundsätze für eine Erweiterung der EG, die der Europäische Rat von Lissabon im Sommer 1992 mit Blick auf den Beitritt der EFTA-Staaten verabschiedet hatte; vgl. Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 26./27. 6. 1992 in Lissabon, Anlage: Bericht der Kommission "Europa und die Problematik der Erweiterung", abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.
- 12 Vgl. Annex II, "Cooperation with the associated countries geared to the objective of membership", in den "Conclusions of the Presidency" des Europäischen Rates von Kopenhagen, Agence Europe Documents 1844/45 v. 24. 6. 1993, S. 11–13.
- 13 Vgl. den Bericht von Michael Ludwig über ein Gespräch mit dem polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Henryk Goryszewski in: FAZ v. 3. 9. 1992, S. 6; s. auch den Wortlaut eines ähnlichen Gespräches mit ihm in: Die Tageszeitung, 17. 8. 1992, S. 10.
- 14 Vgl. Kulesza-Mietkowski, Ewa/Mietkowski, Piotr: Europe centrale: quelle cohésion?, in: Politique Étrangère 1 (1993), S. 105–120.
- 15 Vgl. zum folgenden Okolicsanyi, Karoly: The Visegrád Triangle's Free-Trade Zone, in: RFE/RL Research Report 3 (15. 1. 1993), S. 19–22; s. auch Ludwig, Michael: Der Blick von Visegrad nach Westen, in: FAZ v. 22. 12. 1992, S. 12.

Weiterführende Literatur

- Handl, Vladimir: Tschechische Europapolitik: Profilsuche und Kursbestimmung, in: Integration 3 (1993), S. 125–137.
- Inotai, Andras: Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: Integration 1 (1992), S. 25–35.
- Kiss, Judit: Joining the EC. Agricultural Implications for Hungary, Working Papers/Institute for World Economics 6, Budapest 1992.
- Kulesza-Mietkowski, Ewa/Mietkowski, Piotr: Europe centrale: quelle cohésion?, in: Politique Étrangère 1 (1993), S. 105–120.
- Martonyi, Janos: The EC and Central Europe, in: The New Hungarian Quarterly 128 (Winter 1992), S. 66–75.
- Okolicsanyi, Karoly: The Visegrád Triangle's Free-Trade Zone, in: RFE/RL Research Report 3 (15. 1. 1993), S. 19–22.
- Parzymies, Stanislaw: La Pologne et la Communauté européenne, in: Politique Étrangère 2 (1992), S. 387–393.
- de Weydenthal, Jan B.: The EC and Central Europe: A Difficult Relationship, in: RFE/RL Research Report 21 (21. 5. 1993), S. 7–9.